

19.09.2012 - 16:30 Uhr

## Media Service: Pauschalsteuer: Reiche Ausländer wandern aus - Bern und Wallis leiden besonders

Zürich (ots) -

Die Schweiz galt lange als Paradies für reiche Ausländer. Sie profitieren von steuerlicher Sonderbehandlung, die nun aber einem rauen Gegenwind ausgesetzt ist. Die vom Bundesrat anvisierte Verschärfung der Regeln für die Pauschalsteuer dürfte laut Experten in diversen Kantonen zur Abwanderung führen. «Für die Mehrheit der Pauschalbesteuerten ist ein steuerbares Mindesteinkommen von 400000 Franken schlicht keine Option», sagt Toni Amonn von der Firma Relocation Switzerland. Stark betroffen wäre der Kanton Bern, der am Wochenende über die Abschaffung der Pauschalsteuer abstimmt, sowie das Wallis. «Weil dort die meisten Leute bloss zwischen 100000 und 200000 Franken Einkommen versteuern, droht ein Kahlschlag.» So würde im Kanton Bern für 80 Prozent der 230 Pauschalbesteuerten eine Verdoppelung bis Verdreifachung der Steuerlast erfolgen.

Im Wallis erfolgt für drei Viertel der über 1300 Pauschalbesteuerten eine Steuererhöhung. Ein Grossteil davon dürfte wegziehen oder in die ordentliche Besteuerung wechseln. Entsprechend gravierend sind die wirtschaftlichen Auswirkungen: Nicht zuletzt das Baugewerbe werde eine Erhöhung der Mindestsätze mittelfristig schmerzhaft zu spüren bekommen, warnt Amonn. Allerdings könne der Kanton die Folgen abfedern, indem er ein tieferes Mindesteinkommen für die kantonalen Steuern festlege. Weniger betroffen von der Verschärfung sind die Kantone Genf und Waadt. Dort ist das durchschnittliche steuerbare Einkommen der Pauschalbesteuerten deutlich höher.

Im Kanton Nidwalden erhöhte der Regierungsrat die Mindestpauschale bereits im Frühling 2011 auf 400000 Franken. Seither sind rund 20 Prozent der pauschalbesteuerten Personen ins Ausland weggezogen oder haben in die ordentliche Besteuerung gewechselt, so das Steueramt. Auch im Kanton Luzern rechnet die Steuerverwaltung mit einer Abwanderungsbewegung, nachdem das Stimmvolk einer Erhöhung der Mindestpauschale auf 600000 Franken zugestimmt hat.

Kontakt:

Mehr Informationen erhalten Sie unter der Nummer 043 444 59 00.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100725104> abgerufen werden.